



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 44/2011

Halle (Saale), den 27. Oktober 2011

Clusterpolitiken in Bayern und Thüringen: Praxis eilt der Theorie voraus

In einer Vergleichsstudie hat das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) anhand veröffentlichter Dokumente die Clusterpolitiken in den Ländern Bayern und Thüringen analysiert. Ziel dieser Politiken ist die Stärkung der Innovationskraft. Es fehlt jedoch eine explizite Begründung für die staatliche Unterstützung von Clustern im Sinne von Marktversagen, die darlegt, weshalb der Markt allein (aufgrund von externen Effekten, Informationsasymmetrien oder Koordinierungsmängeln) ein Zuwenig an Clusterbildung erzeugt. Offen bleibt daher, ob die praktizierte Clusterpolitik tatsächlich ursachenadäquat ist. In Thüringen wird Clusterpolitik mit der Kleinteiligkeit der Unternehmensstrukturen motiviert, was eher indirekt auf Informations- und Koordinierungsprobleme schließen lässt.

Beide Länder unterstützen landesweite Cluster und Netzwerke. Diese könnten jedoch zu ausgedehnt sein, um die Vorteile räumlicher Nähe tatsächlich zu realisieren. Auch die im Voraus festgelegte Auswahl bestimmter Branchen und Technologiefelder in den Clusterpolitiken beider Länder ist problematisch. Denn dem Staat mangelt es generell an Informationen darüber, welche Branchen und Technologien zukunftsfähig sind. Der Verzicht auf einen Branchenfokus zugunsten wettbewerblicher Förderverfahren nach dem Vorbild von Bundesprogrammen könnte dieses Problem mildern.

Cluster sind räumliche Branchenkonzentrationen. Sie gelten als begünstigend für die Innovations- und damit Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Auch in der Wirtschaftspolitik ist das Clusterkonzept populär. Eine staatliche Förderung von Clustern und Netzwerken bedarf jedoch der Begründung. Denn grundsätzlich ist davon auszugehen, dass derartige Strukturen in der Marktwirtschaft aufgrund ihrer Vorteilhaftigkeit für die beteiligten Akteure von allein entstehen.

Veröffentlichung:

HEIMPOLD, GERHARD: Clusterpolitiken in Bayern und Thüringen: Förderpraxis nimmt wenig Rücksicht auf theoretische Vorbehalte, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (10), 2011, 356-363.

Den vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: presse@iwh-halle.de.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Dr. Gerhard Heimpold
Tel.: +49 (0) 345 7753-753, E-Mail: Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Tel.: +49 (0) 345 7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Sperrfrist:

27. Oktober 2011
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 (0) 345 7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Gerhard Heimpold
Telefon:
+ 49 (0) 345 7753-753
E-Mail:
ghp@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Techno-
logie (**BMWi**),
Bundesministerium für
Bildung und Forschung
(**BMBF**), Bundes-
ministerium des Innern
(**BMI**), Wirtschafts-
ministerien der Neuen
Länder, für Raument-
wicklung und Landes-
planung zuständige
Ressorts auf der
Bundesländerebene
in den Neuen Ländern

Wissenschaftliche Schlagwörter:

Förderpolitik,
Innovationsförderung,
Cluster, Ostdeutschland,
Westdeutschland,
Regionenvergleich,
Netzwerke

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 (0) 345 7753-60
Fax: +49 (0) 345 7753-820
<http://www.iwh-halle.de>

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.